

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FRAKTION IM RAT DER STADT GESEKE

Per Mail

Ratsfraktion der Stadt Geseke

Mandy Beck
und Beatrice Ermisch
Fraktionsvorsitzende

www.gruene-geseke.de
mandybe@web.de

Geseke, den 10.09.2021

Antrag an den Rat

Sehr geehrter Herr Dr. van der Velden,

bitte setzen sie den untenstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 23. September 2021.

Mit freundlichen Grüßen,

Mandy Beck und Beatrice Ermisch
Fraktionsvorsitzende

Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Bereich des Klimaschutzmanagements

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine neue Stelle im Bereich des Klimaschutzmanagements auszuschreiben.

Seit nunmehr 6 Monaten wird im Geseker Stadtrat intensiv darüber diskutiert, ob die Geseker Verwaltung zusätzliche Kapazitäten im Bereich des Klimaschutzmanagements erhalten soll.

Wir Grüne sind und bleiben weiterhin der Meinung, dass eine solche Stelle unbedingt geschaffen werden muss und möchten nun abschließend darüber abstimmen lassen.

Mit Blick auf die Abstimmung möchten wir daran erinnern, dass die gewählten Mitglieder und Mitgliederinnen des Stadtrates, Vertreter/innen der Interessen aller Einwohner/innen sind. Ein Großteil des Stadtrates wird – so ist es bei der Bevölkerung über 50 rein rechnerisch zu erwarten – allein die anfänglichen Folgen der Klimakatastrophe miterleben. Entscheidungen, die wir heute fällen, treffen aber insbesondere jüngeren Generationen und künftige Generationen. Diese Diskrepanz bei den Entscheidungsträgern und den Trägern der Folgen der Entscheidung gilt es zu berücksichtigen.

1. Begründung

Erst im März hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Klimaschutzziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) nicht weitreichend genug sind. Die Staatengemeinschaft hatte sich 2015 verpflichtet, die globale Erderwärmung unter zwei Grad zu halten, wenn möglich auf 1,5 Grad zu senken, um verheerende Folgen für Klima und Umwelt abzuwenden. Aus dieser Zielvorgabe kann man mit einem einfachen Taschenrechner runterrechnen (so haben es auch die Richter gemacht), wie viele Gigatonnen CO₂ von Deutschland noch insgesamt ausgestoßen werden dürfen, um das 1,5 (bzw. 1,75) Grad Ziel zu erreichen. Das maximale deutsche Budget umfasst entsprechend noch etwa 6,7 Gigatonnen CO₂. Dies Budget ist bei einem simplen „Weiter-so“ jedoch schon ca. 2030 aufgebraucht, stellten die Richter in Karlsruhe fest. Das sind **noch 9 Jahre**.

Mit dem Wissen, dass wir jetzt handeln müssen: können wir uns wirklich als Stadtrat gegen mehr personelle Kapazitäten zur Bekämpfung der Klimakatastrophe aussprechen?

Zwar sind Kommunen wie Geseke nicht direkt an die definierten Jahresemissionsmengen des KSG gebunden – Kommunale Emissionsbudgets gibt es nämlich (noch) nicht –, Kommunen sind jedoch mittelbar von dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts betroffen: der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zwingt nämlich auch die NRW Minister das hiesige Klimaschutzgesetz, welches weitestgehend dieselben Emissionsmengen anvisiert wie das KSG, nachzubessern und konkrete, ambitionierte Jahresemissionsmengen festzulegen. An diese Jahresemissionsmengen werden dann auch Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft in

Geseke mittelbar gebunden sein. Bereits jetzt normiert das Klimaschutzgesetz NRW, dass „Kommunen ihre Vorbildfunktion in eigener Verantwortung erfüllen sollen“.

Wo ist unsere Vorbildfunktion?

Die Klimaschutzanforderungen an die Kommunen werden in den kommenden Jahren steigen (sei es Monitoring, neue Regularien, Emissionsbudgets, usw.). Wir finden es nur sinnvoll, unsere Verwaltung jetzt schon zu wappnen und personell zu verstärken.

2. Stellenbeschreibung

In den vergangenen Rats- und Ausschusssitzungen haben wir bereits Muster-Stellenbeschreibungen vorgestellt.

Beispielhaft seien hier erneut einzelne Punkte aufgeführt:

- Aufbau eines Klimaschutzmanagements
- Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen
- Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes des Kreises (Funktion als Schnittstelle zum Kreis)
- Implementierung des Klimaschutzes in bestehende Verwaltungsaufgaben
- Mitwirkung bei Planungs- und Entwicklungskonzepten für eine nachhaltige Stadtentwicklung u.a. durch Stärkung von Klimaschutzaspekten bei Erarbeitung des neuen Flächennutzungsplanes, Unterstützung bei der Beratung zur Bauleitplanung, Entwicklung von Ausgleichsflächen
- Fördermittelakquise
- Vorbereitung politischer Beschlüsse und Berichterstattung in politischen Gremien
- Organisation und Durchführung von Vorträgen und Arbeitskreisen/Workshops
- Beratung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen
- Mitwirkung an Gremien-, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit
- Controlling und Berichterstattung
- Federführende Entwicklung und Controlling von Konzepten und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung (Starkregen, Sturm, Hitzeperioden und Trockenheit in den Bereichen Öffentliche Grünflächen, Straßen, Wege, Plätze und Gewässer, Bepflanzung und Aufforstung sowie Stadtklima)